

Regierung zeigt sich offen für Systemwechsel

Neue Finanzierung von Mutter- und Vaterschaft habe «keine echten Nachteile».

Valeska Blank

Eine frisch gebackene Mutter erhält während ihrer Abwesenheit vom Arbeitsplatz 80 Prozent ihres vorherigen Lohnes. Woher das Geld kommt, das während der 20 Wochen Mutterschaftszeit auf dem Konto landet, ist für die meisten wohl zweitrangig. Bezahlt wird die Entschädigung von der Krankentaggeldversicherung. Auch für die neu geplante Vaterschaftszeit ist diese Finanzierung vorgesehen – eigentlich: Denn gegen dieses Modell formiert sich Widerstand.

Wirtschaft, Krankenkassen und Politik fordern neues Modell

In den vergangenen Wochen sind erneut Stimmen laut geworden, die einen Systemwechsel verlangen. Wirtschaft und Krankenkassen sprechen sich vehement dafür aus, dass die Mutter- und Vaterschaftszeit – analog zur geplanten Elternzeit – über die Familienausgleichskasse (FAK) finanziert wird. Nachdem der Landtag schon im

März klar in diese Richtung tendierte, reichte die FBP am Montag eine Motion mit derselben Forderung ein.

Einheitliche Beiträge an die FAK wären solidarischer

Nun zeigt sich, dass eine Umsetzung realistische Chancen hat. Die Regierung sei «grundsätzlich offen» für eine Finanzierung über die FAK, heisst es beim zuständigen Gesundheitsministerium auf Anfrage. «Echte Nachteile» seien aus Sicht der Regierung nicht zu erkennen.

Diese Haltung dürfte viele Unternehmen im Land freuen. Eine Mutterschaft in der Belegschaft bedeutete für sie bisher deutlich höhere Prämien, die sie an die Krankenkasse zahlen müssten. Eine Vaterschaft hätte künftig dieselbe Kostenfolge. Auch das Gesundheitsministerium sieht Vorteile: Die Krankentaggeldversicherung würde entlastet; ausserdem wäre eine Finanzierung über einheitliche Beiträge an die FAK solidarischer. Damit einhergehend sei zudem ein «Abbau von negativen

Anreizen zum Anstellen junger Frauen» zu erwarten.

Die Beiträge von Angestellten und Arbeitgebern dürften steigen

Trotz der offensichtlichen Vorteile gibt das Ministerium zu bedenken: Die Krankentaggeldversicherung wird zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und den Angestellten finanziert, die FAK hingegen nur von den Arbeitgebern. Dafür müsste ein Ausgleich gefunden werden. Bereits geplant ist, dass für die viermonatige Elternzeit auch den Arbeitnehmenden neu 0,1 Prozent vom Lohn abgezogen werden soll. Würde nun noch die Mutter- und Vaterschaftszeit dazukommen, dürfte das eine weitere Beitragssatzerhöhung nach sich ziehen – und das wohl für beide Seiten. Gemäss Krankenkassenstatistik wurden 2022 Taggeldleistungen für Mutterschaft im Umfang von 5,87 Mio. Franken ausgerichtet. Für die Vaterschaftszeit rechnet die Regierung mit jährlichen Kosten in Höhe von maximal 1,92 Mio. Franken.